

Änderungsanträge an Entwurf Europawahlprogramm zum Bundesparteitag

Beschluss des Landesvorstandes im Umlaufverfahren vom 22. - 25. Januar 2014

- Beschluss:** Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt, den folgenden Änderungsantrag zu übernehmen und an den Bundesparteitag einzureichen.
- Politische Botschaft:** DIE LINKE. Sachsen bringt sich in die Debatte um das Europawahlprogramm ein. Dabei spielen auch, jedoch nicht nur, die vom Landesverband beschlossenen Leitlinien zum Thema Europa eine Rolle.
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:** Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
- Weitere Maßnahmen:** Versendung an Parteivorstand (nach Redigierung und ggf. Anpassung der Begründungen)
- Die Vorlage wurde abgestimmt mit:**
- Den Beschluss sollen erhalten:** Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12

Dagegen: 0

Enthaltungen: 2 beschlossen.

f.d.R.

Dresden, den 25. Januar 2014



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Anträge an das Europawahlprogramm

Antragsteller/innen: Sebastian Koch (Delegierter), Bodo Ramelow (Delegierter), Klaus Lederer (Delegierter), Cornelia Ernst (Delegierte), Jan Wagner (netzpol. Sprecher Linksfraktion Sachsen-Anhalt), Katharina König (netzpol. Sprecherin Linksfraktion Thüringen), Tobias Schulze (Delegierter),

Antrag an die 1. Tagung des 4. Parteitages der Partei DIE LINKE 15. Februar 2014

Der Parteitag möge beschließen:

1. Die Zeilen 1008-1012 im Leitantrag L.1 werden ersetzt durch einen neuen Abschnitt 2.5 „Freiheit im Internet sicherstellen“:

Freiheit im Internet sicherstellen

Netzpolitik und Digitalisierung sind weitgehend durch EU-Recht reguliert. Das gilt nicht nur für den Datenschutz, sondern auch für den Breitbandausbau, für die Bewahrung der Netzneutralität und für eine Reform oder eine Fortschreibung des Urheberrechts. Regelungen in den Bereichen E-Government und Cloud Computing werden auf europäischer Ebene vorangetrieben, der Kampf gegen Zensurmaßnahmen wie Netzsperrern wird auch im Europaparlament geführt.

DIE LINKE kämpft auch in Europa und im Europäischen Parlament für die gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität. Momentan droht deren Abschaffung durch die geplante Verordnung zum europäischen Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation. Wir wollen die Freiheit im Internet dauerhaft sicherstellen. Dazu gehört die Neutralität des Netzes. Wir wollen die Netzwerkkapazitäten ausbauen. Die entsprechenden EU-Richtlinien müssen so verändert werden, dass gemeinschaftlicher, genossenschaftlicher oder kommunaler Netzausbau erleichtert wird. Die Privatisierung in diesem Bereich wollen wir zurückdrängen. Der Ansatz der Europäischen Kommission, den flächendeckenden Ausbau von Breitbandinternet dem Markt und den Telekommunikationskonzernen zu überlassen, ist gescheitert. Die Regelungsansätze des europäischen Telekommunikationsrechtes gilt es jetzt zu ändern.

DIE LINKE setzt sich in Deutschland für eine Reform des Urheberrechts ein, die eine Kultur des Teilens ermöglicht und es den professionellen Kreativen gleichzeitig erlaubt, ihre Arbeit ordentlich vergütet zu bekommen. National ist dies in vielen Fällen nur umsetzbar, wenn entsprechende EU-Richtlinien geändert werden oder die derzeit diskutierten Rechtsverschärfungen verhindert werden. Dafür streiten wir auch im EU-Parlament.

Zur Kultur des Teilens gehört ebenfalls das Prinzip des offenen Zugangs zu Informationen. Daher stehen wir für Open Access in der Wissenschaft. Auch hierüber wird auf europäischer Ebene mitentschieden. Die Entwicklung digitaler Überwachungstechnologien für die europäischen Polizeien und die EU-Agenturen wie Europol und Frontex werden über die Förderpolitik der EU massiv vorangetrieben. Das muss beendet werden. Wir wollen vielmehr, dass der freie Zugang zu Wissen gestärkt wird und die heutigen Forschungsmilliarden bei Rüstungs- und Überwachungstechnologien im IT-Bereich zukünftig für sinnvolle und friedliche zivile Vorhaben wie die Unterstützung freier Software oder die Entwicklung von sicheren Verschlüsselungstechnologien für Bürgerinnen und Bürger ausgeben werden.

2. Der Satz von Zeile 95 bis 97 wird wie folgt ergänzt:

„Ob es möglich ist, in den Kommunen die Energieversorgung wieder in die öffentliche Hand zu bekommen, ob sie sich für kostenfreien Bus- und Bahnverkehr entscheiden oder den Ausbau von Breitband-Internet genossenschaftlich organisieren können, wird auch in Brüssel entschieden.“

3. Der Satz von Zeile 589 bis 590 wird wie folgt ergänzt:

„Europaweit soll es ein kostenfreies Grundkontingent für jeden Haushalt an Wärme, Wasser, Energie, Telefon und Internetzugang geben.“

4. Der Satz in Zeile 633 wird wie folgt ergänzt:

„die Infrastruktur durch öffentliche Investitionen (z. B. Verkehrs- und Kommunikationsnetze wie Schienen, Straßen und Breitband-Internet) verbessern;“